



Zukunft der Demokratie | 02.2021

Der „Corona-Effekt“ Warum die Pandemie der Wahlbeteiligung schaden und ihre soziale Spaltung vertiefen könnte

Die soziale Spaltung der Wahlbeteiligung war bei der Bundestagswahl 2017 leicht rückläufig. Der „Corona-Effekt“ könnte das bei der Bundestagswahl 2021 wieder ändern, die Wahlbeteiligung als Spätfolge der Pandemie verringern und ihre soziale Spaltung erneut vertiefen.

Auch bei der Bundestagswahl 2017 war die Wahlbeteiligung in Deutschland sozial tief gespalten. Das zeigen unsere neuen Schätzungen zur Wahlbeteiligung der sozialen Milieus: Die Wahlbeteiligung lag in Teilen der sozialen Oberschicht erneut fast 40 Prozentpunkte höher als in den sozial benachteiligten Milieus. Die sozialen Unterschichten sind damit im Wahlergebnis um bis zu einem Drittel unterrepräsentiert. Dennoch war die soziale Spaltung der Wahlbeteiligung bei der Bundestagswahl 2017 leicht rückläufig. Aber nicht, weil die sozial prekären Nichtwahlmilieus zu den etablierten Parteien zurückgekehrt sind, von denen sie sich seit den 1980er Jahren zunehmend distanzieren haben. Ihre überdurchschnittlich gestiegene Wahlbeteiligung war vor allem der Erfolg ihrer gezielten Mobilisierung durch die AfD, während die etablierten Parteien der demokratischen Mitte ihre Verankerung und Mobilisierungsfähigkeit in den sozial prekären Nichtwahlmilieus sehr weitgehend verloren haben. Die 2017 leicht rückläufige Spaltung könnte sich

deshalb bei der Bundestagswahl 2021 wieder vertiefen, wenn der populistische Einmaleffekt verpufft, weil die enttäuschten Protestwähler:innen aus den sozial prekären Milieus wieder in die Wahlverweigerung gehen. Genau das lassen die aktuellen Umfragedaten zur Wahlbereitschaft dieser Milieus vermuten. Und pandemiebedingt zeigen sich derzeit auch die anderen Milieus noch etwas wahlmüde. Das könnte sich zu einem „Corona-Effekt“ verdichten, der die Wahlbeteiligung bei der Bundestagswahl 2021 spürbar verringert und ihre soziale Spaltung wieder vertieft. Die daraus resultierenden Schäden und Risiken für die Demokratie werden aber weiterhin unterschätzt. Bis zur nächsten Welle der populistischen Mobilisierung. Die könnte dann größer, nachhaltiger und für die Demokratie folgenreicher ausfallen als die letzte. Der Kampf um die Nichtwähler:innen geht deshalb bei der Bundestagswahl 2021 in die nächste Runde. Und die demokratischen Parteien sollten ihn diesmal gewinnen, oder zumindest annehmen.

Die Wahlbeteiligung bleibt sozial tief gespalten

An der Bundestagswahl 2017 haben sich 76,2 Prozent aller Wahlberechtigten beteiligt. Damit lag die Wahlbeteiligung etwas höher als bei den vorhergehenden Bundestagswahlen 2013 (71,5 Prozent) und 2009 (70,8 Prozent). Im historischen Vergleich war es dennoch die drittniedrigste Wahlbeteiligung aller Bundestagswahlen seit 1949. In den 1950er, 1960er und 1970er Jahren betrug die Wahlbeteiligung bei Bundestagswahlen noch knapp 90 Prozent und im Durchschnitt der 1980er und 1990er Jahre mehr als 80 Prozent. Trotz der leichten Zunahme 2017, lag die Wahlbeteiligung bei den letzten Bundestagswahlen damit auf einem historisch niedrigen Niveau.

Aber was ist schlecht an einer geringen Wahlbeteiligung? Im Prinzip erst einmal gar nichts. Unsere Demokratie kennt keine Wahlpflicht. Die Teilnahme an Wahlen ist freiwillig. Niemand, der sich nicht beteiligen möchte, wird dazu verpflichtet oder gar gezwungen. Dem Recht zu wählen entspricht das Recht nicht zu wählen. Häufig wird sogar argumentiert, eine geringe Wahlbeteiligung sei Ausdruck einer gewissen Zufriedenheit und hohe Wahlbeteiligungen eher ein Indikator für akute Problemlagen, einen hohen Grad der gesellschaftlichen Mobilisierung und Erregung sowie eine starke politische Polarisierung. Diesem Interpretationsmuster folgend werden die demokratiepolitischen Schäden und Risiken der im Trend stark rückläufigen Wahlbeteiligung verharmlost und als Problem für die Demokratie nicht (an-) erkannt. So weit, so gut? Ganz eindeutig „nein“, weil je geringer die Wahlbeteiligung ausfällt, umso sozial ungleicher wird sie. Und das schadet der Demokratie, weil die Nichtwahl einem sehr klaren sozialen Muster folgt: Je stärker jemand sozial benachteiligt ist, je sozial prekärer die Lebenssituation ist, je weniger formal gebildet, je häufiger arbeitslos und je geringer das Durchschnittseinkommen, umso geringer ist auch seine Wahrscheinlichkeit wählen zu gehen.

Quellenverweis:

Die Schätzungen zur Mobilisierung vor der Bundestagswahl 2021 beruhen auf einer bevölkerungsrepräsentativen Umfrage von YouGov (3.504 Befragte), die im Auftrag der Bertelsmann Stiftung im Juli 2021 erhoben wurde. Die Schätzung zur Wahlbeteiligung bei der Bundestagswahl 2017 wurden von infratest dimap im Auftrag der Bertelsmann Stiftung durchgeführt. Zunächst wurden dazu auf Basis des Sozio-oekonomischen Panels zehn Startwerte für die Nichtwahlanteile in den Sinus-Milieus ermittelt. Diese Werte wurden dann multiplikativ an den amtlichen Nichtwahlanteil von 2017 angepasst. Darüber hinaus sind in die Analyse 621 repräsentative Wahlbezirke mit ihrer Zahl der Nichtwähler:innen, der Wahlberechtigten sowie den Anteilswerten der zehn Sinus-Milieus an den Wahlberechtigten eingeflossen.

Und umgekehrt gilt: Je sozial privilegierter jemand lebt, je formal gebildeter, je weniger von Arbeitslosigkeit betroffen und je höher das Einkommen ausfällt, umso häufiger und regelmäßiger ist auch die Beteiligung an Wahlen. Niedrige Wahlbeteiligungen sind deshalb fast immer auch sozial gespaltene Wahlbeteiligungen. Und hinter trendmäßig abnehmenden Wahlbeteiligungen verbirgt sich fast immer eine Verschärfung ihrer sozialen Spaltung. So auch in Deutschland, seit etwa Mitte der 1980er Jahre. Dadurch entstehen dann Repräsentationsverzerrungen. Die Sichtweisen und Interessen der sozialen Gruppen sind in den Wahlergebnissen unterschiedlich stark repräsentiert. Wahlergebnisse sind sozial nicht mehr repräsentativ. Es besteht zumindest die Gefahr einer auch sozial selektiven Politik zugunsten der wählerstarken und zulasten der wählerschwachen Gruppen. Das erzeugt soziale Repräsentationslücken und beschädigt die Demokratie.

„Die gesplante Wahlbeteiligung erzeugt soziale Repräsentationslücken und beschädigt die Demokratie.“

Aber wie tief ist die soziale Spaltung der Wahlbeteiligung und wie groß sind die daraus resultierenden Repräsentationsverzerrungen? Unsere Schätzungen für die Bundestagswahl 2017 zeigen (s. Abbildung 1): Zwischen dem wählerstärksten sozialen Milieu der Liberal-Intellektuellen und dem wählerschwächsten Milieu der konsumorientierten Hedonisten klafft eine Lücke von fast 40 Prozentpunkten. Während sich im bildungs- und einkommensstarken Milieu der Liberal-Intellektuellen mehr als neun von zehn Wahlberechtigten (90,9 Prozent) an der Bundestagswahl beteiligt haben, lag die Wahlbeteiligung im sozial benachteiligten Milieu der konsumorientierten Hedonisten bei nur 53,5 Prozent. Diesem vor allem sozio-ökonomischen Muster folgen auch die anderen Milieus: Je besser die soziale Lage, umso höher die Wahlbeteiligung. Das zeigt der paarweise Vergleich der Milieus mit ähnlicher Grundorientierung aber unterschiedlichen sozialen Lagen:

Bei vergleichbarer Traditionsneigung auf der Achse der Grundorientierungen zeigen sich bei unterschiedlichen sozialen Lagen auch deutliche Unterschiede in der Wahlbeteiligung: So haben sich bei der Bundestagswahl 2017 fast neun von zehn

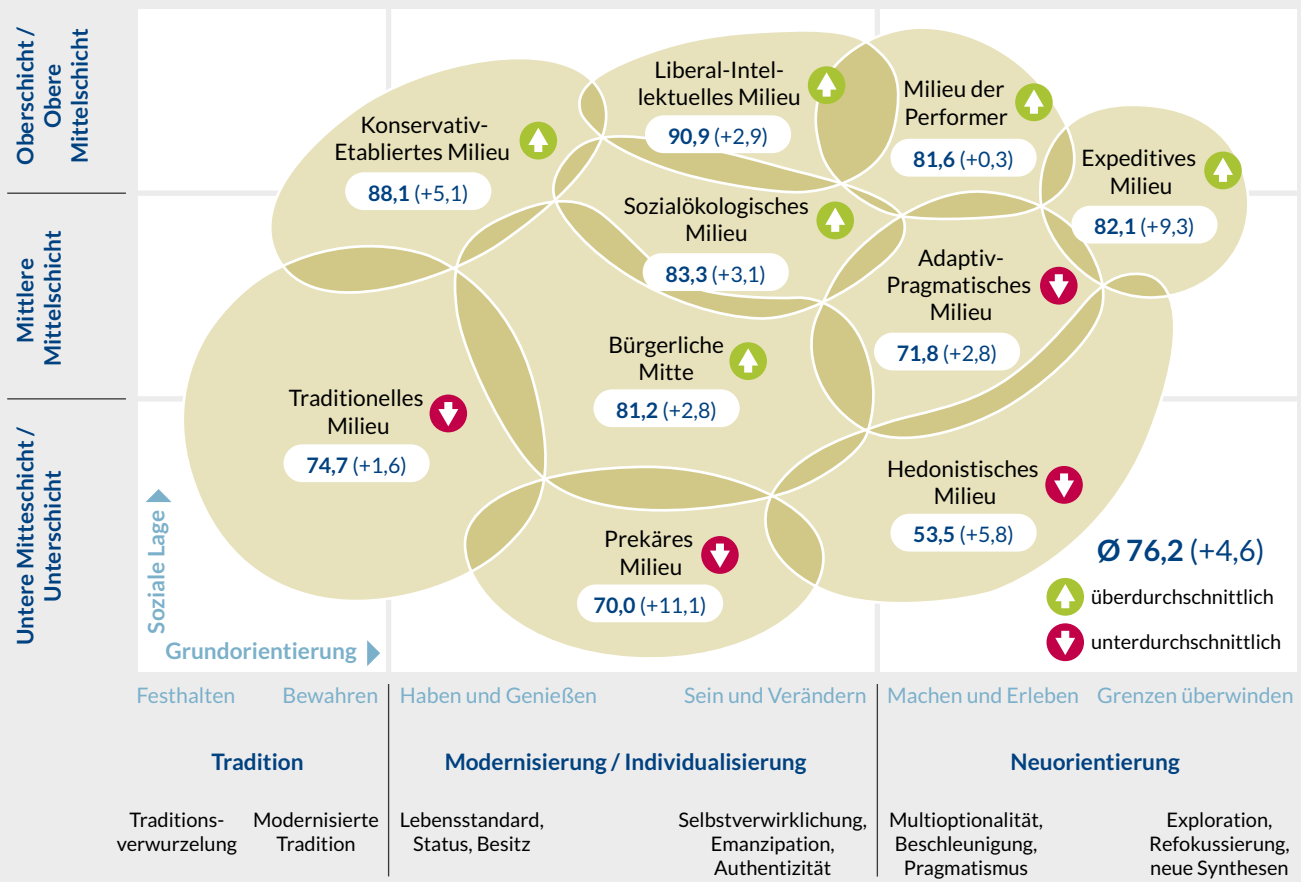
EINWURF

(88,1 Prozent) aller Konservativ-Etablierten der Oberschicht an der Wahl beteiligt, aber nur knapp drei Viertel (74,7 Prozent) der Wahlberechtigten aus dem Traditionellen Milieu der Mittel- und Unterschicht. Ähnliche Grundorientierungen führen in Abhängigkeit von der sozialen Lage also zu sehr unterschiedlichen Wahlbeteiligungen. Derselbe Zusammenhang zeigt sich auch für die Milieus mit einer stärker ausgeprägten Grundorientierung zugunsten von Modernisierung und Individualisierung: Während sich nur sieben von zehn (70 Prozent) der Wahlberechtigten aus dem sozial Prekären Milieu an der Wahl beteiligt haben, lag die Quote in der sozial stärkeren Bürgerlichen Mitte bei 81,2 Prozent, im Sozialökologischen Milieu bei 83,3 Prozent und im Milieu der Liberal-Intellektuellen sogar bei 90,9 Prozent. Auch hier führen unterschiedliche soziale Lagen bei ähnlicher Grundorientierung zu stark unterschiedlichen Wahlbeteiligungen. Auch bei den Milieus mit stark ausgeprägter

Neigung zu Neuorientierungen und Grenzüberwindungen zeigt sich das gleiche Muster: Nur 53,5 Prozent aller sozial benachteiligten Wahlberechtigten aus dem konsummaterialistischen Milieu der Hedonisten haben gewählt, während sich in den sozial stärkeren Milieus der Adaptiv-Pragmatischen 71,8 Prozent, im Exeditiven Milieu 82,1 Prozent und im Milieu der Performer 81,6 Prozent beteiligt haben. Auch hier: Bei ähnlichen Grundorientierungen führen soziale Unterschiede zu sehr unterschiedlichen Niveaus der Wahlbeteiligung. Für die Höhe der Wahlbeteiligung ist die soziale Lage eines Milieus also noch entscheidender als seine mentale Grundorientierung. Die soziale Lage der Menschen hat einen noch größeren Einfluss auf ihre Wahlbeteiligung als ihre in Werten, Einstellungen und Präferenzen verankerte Grundorientierung. Zusammenfassend bedeutet das für die Bundestagswahl 2017: Trotz leichtem Anstieg, bleibt die Wahlbeteiligung bei der Bundestagswahl 2017 auf historisch niedrigem Niveau und sozial tief gespalten.

ABBILDUNG 1 Neue Schätzungen zur Wahlbeteiligung der sozialen Milieus bei der Bundestagswahl 2017

In Prozent, Veränderung der Wahlbeteiligung in Prozentpunkten zu 2013 in Klammern



Quelle: Infratest dimap im Auftrag der Bertelsmann Stiftung.

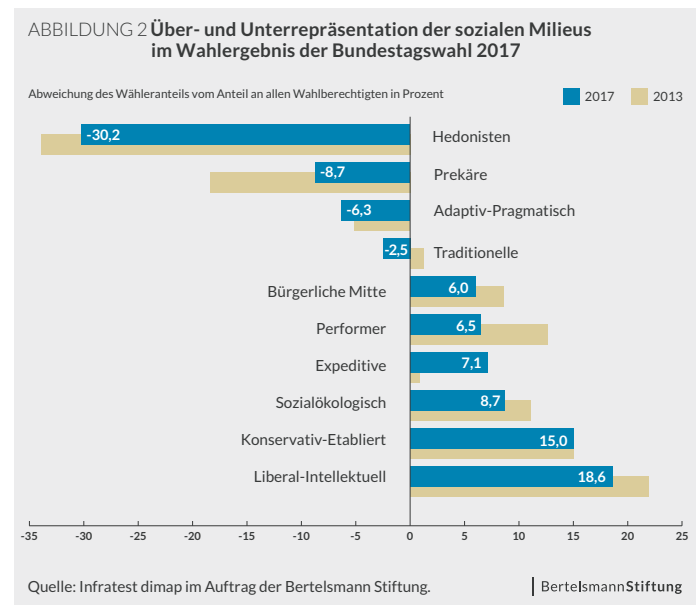
BertelsmannStiftung

Unterrepräsentierte Milieus sind besonders anfällig für populistische Mobilisierung

Dennoch zeigen sich in einzelnen Milieus auch einige interessante Abweichungen von diesem Gesamtbild. Das gilt vor allem für das sozial am stärksten benachteiligte Prekäre Milieu. Hier liegt die Wahlbeteiligung mit 70 Prozent zwar noch immer um etwa 20 Prozentpunkte unterhalb der wählerstärksten Milieus. Gegenüber der Bundestagswahl 2013 ist sie aber um 11,1 Prozentpunkte angestiegen. Das ist der stärkste Anstieg der Wahlbeteiligung innerhalb eines Milieus und hat die soziale Spaltung der Wahlbeteiligung gegenüber der Bundestagswahl 2013 auch insgesamt leicht verringert (Vehrkamp und Wegschaidler 2017). Grund dafür war vor allem das Wahlergebnis der AfD, deren rechtspopulistische Mobilisierungsstrategien in den Nichtwählermilieus besonders erfolgreich waren. Was die demokratischen Parteien nicht geschafft haben, ist der AfD bei der Bundestagswahl 2017 gelungen: Durch (Re-)Mobilisierungserfolge in den sozial prekären Nichtwählermilieus die soziale Spaltung der Wahlbeteiligung zu verringern. Damit ist das Wahlergebnis der AfD (12,6 Prozent) zwar nur zu einem kleineren Teil erklärt, weil der Anteil des Prekären Milieus an allen Wahlberechtigten bei lediglich 9 Prozent liegt. Aber das weit überdurchschnittliche AfD-Ergebnis (28 Prozent) erklärt fast vollständig den Anstieg der Wahlbeteiligung in diesem Milieu.

Das belegt: Typische Nichtwählermilieus der sozio-ökonomischen Unterschichten zeigen sich überdurchschnittlich anfällig für (rechts-)populistische Mobilisierungsstrategien. Menschen, die sich aus Enttäuschung, Resignation und aus einem Gefühl der Vernachlässigung ihrer Interessen nicht mehr an Wahlen beteiligen, sind als Protestwähler:innen leichter mobilisierbar als Menschen, die sich weiterhin regelmäßig an Wahlen beteiligt haben, sich also noch repräsentiert fühlen von einer der etablierten Parteien. Das nutzen populistische Mobilisierungsstrategien für sich aus. Ihr Fokus liegt dann vor allem auf der Mobilisierung von Protest. Und ihr bevorzugtes Vehikel dabei ist das Schüren von Ressentiments gegen Ausländer:innen, Migrant:innen und andere Minderheiten. So hat auch die AfD im Bundestagswahlkampf 2017 mit überdurchschnittlichem Erfolg in einigen der sozial benachteiligten typischen Nichtwählermilieus mobilisiert. Im Kern handelt es sich dabei aber um eine Protestwahl gegen das subjektiv von vielen Nichtwähler:innen empfundene Repräsentationsversagen der etablierten Parteien.

Wie stark diese Unter- und Überrepräsentation der sozialen Milieus bei der Bundestagswahl 2017 war, verdeutlicht Abbildung 2: Während die drei Milieus mit den größten Anteilen der sozio-ökonomischen Unterschicht deutlich unterrepräsentiert bleiben, zeigen sich vor allem die Milieus der sozialen Oberschicht deutlich überrepräsentiert. Am stärksten ausgeprägt sind die Repräsentationsdefizite im sozial benachteiligten Milieu der konsummaterialistischen Hedonisten (-30,2 Prozent) und im sozial Prekären Milieu (-8,7 Prozent). Am stärksten überrepräsentiert sind die beiden sozial privilegierten Milieus der Konservativ-Etablierten (+15 Prozent) und der Liberal-Intellektuellen (+18,6 Prozent). Aber auch das Gewicht des Sozialökologischen Milieus ist im Wahlergebnis der Bundestagswahl 2017



um fast ein Zehntel (8,7 Prozent) überrepräsentiert, gefolgt von den Expeditiven (7,1 Prozent), den Performern (6,5 Prozent) und der Bürgerlichen Mitte (6 Prozent).

Die Signatur der Wahlbeteiligung bei der Bundestagswahl 2017 war also ihr leichter Anstieg, verbunden mit einem leichten Rückgang ihrer sozialen Spaltung durch den rechtspopulistischen Mobilisierungserfolg der AfD, vor allem in den sozial prekären Nichtwählermilieus. Was aber wird die Signatur der Wahlbeteiligung bei der Bundestagswahl 2021 sein? Wie wirkt sich die Pandemie auf die Wahlbeteiligung und ihr soziales Profil aus? Hinweise darauf geben zum einen die Landtags- und Kommunalwahlen, die seit Ausbruch der Pandemie im Frühjahr 2020 stattgefunden haben.

Darüber hinaus lassen gut zwei Monate vor dem Wahltag aktuelle Umfragen erste Schlüsse auf die Wahlbeteiligungsabsichten und den allgemeinen Grad der Vorwahlmobilisierung zu.

Die Wahlbereitschaft der sozialen Milieus vor der Bundestagswahl 2021

Einen ersten Hinweis auf die vermutliche Wahlbeteiligung bei der Bundestagswahl 2021 geben die unter Pandemiebedingungen abgehaltenen Landtagswahlen in Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und Sachsen-Anhalt. In allen drei Bundesländern ist die Wahlbeteiligung gesunken: In Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz um jeweils 6 Prozentpunkte sogar sehr deutlich. In Sachsen-Anhalt, von bereits sehr niedrigem Niveau, um zumindest einen Prozentpunkt. Daraus ergibt sich noch keine Prognose für die Wahlbeteiligung bei der Bundestagswahl 2021. Es weist aber möglicherweise auf eine erneute Trendumkehr hin. Nach den historischen Tiefstständen 2009 und 2013 war die Wahlbeteiligung nicht nur bei der Bundestagswahl 2017, sondern auch bei den acht vorangehenden und sieben folgenden Landtagswahlen wieder angestiegen. Vor allem als Ergebnis der rechtspopulistischen Mobilisierung durch die AfD und der ihr folgenden Gegenmobilisierung aus der demokratischen Mitte. Die Pandemie hat diesen Aufwärtstrend bei der Wahlbeteiligung vorerst gestoppt. Und bei der Bundestagswahl 2021 könnte sich die Wahlbeteiligung pandemiebedingt wieder in Richtung der Tiefststände von 2009 und 2013 entwickeln.

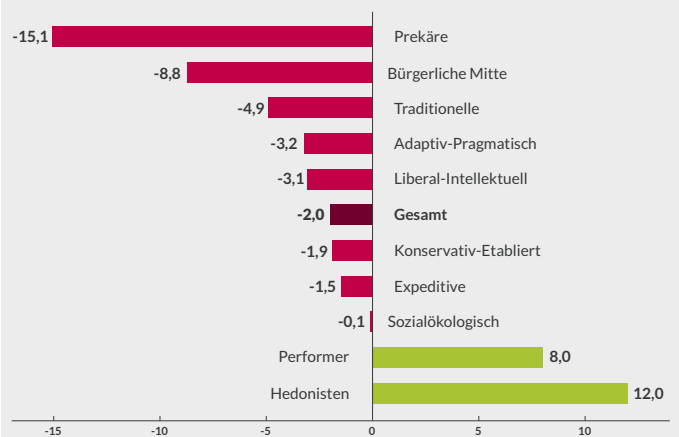
Darauf weisen auch die in aktuellen Umfragen geäußerten Wahlbeteiligungsabsichten hin (s. Abbildung 3). Trotz Wahlkampf zeigen sich die Wähler:innen im Vergleich zur Wahlbeteiligung 2017 derzeit noch etwas wahlmüde. So liegt der Anteil der Wahlberechtigten, die sich bei der Sonntagsfrage („Welche Partei würden Sie wählen, wenn die Bundestagswahl am nächsten Sonntag stattfindet?“) schon jetzt für eine Partei entscheiden und gleichzeitig von sich behaupten „an (fast) allen Wahlen teilzunehmen“, derzeit noch um durchschnittlich 2 Prozentpunkte unterhalb der Wahlbeteiligung von 2017. Das weist auf eine derzeit eher noch gedämpfte Mobilisierung im Vorfeld der Wahl hin. Sollte es pandemiebedingt zu erneuten Kontakt- und Hygienebeschränkungen kommen, die den Gang ins Wahllokal be- oder verhindern, könnte sich daraus ein spürbarer Rückgang der Wahlbeteiligung ergeben. Eine wieder sinkende Wahlbeteiligung

wäre mit hoher Wahrscheinlichkeit auch mit einer sich wieder verschärfenden sozialen Spaltung verbunden. Der erwartbar stark erhöhte Briefwahlanteil könnte diesen Effekt noch verstärken (Vehrkamp und Bischoff 2021, im Erscheinen).

Interessant ist auch das Milieuprofil der aktuellen Wahlbeteiligungsabsichten: Am wenigsten stark mobilisiert zeigt sich das sozial Prekäre Milieu. Hier liegt die geschätzte Wahlbeteiligungsabsicht um etwas mehr als 15 Prozentpunkte unterhalb der Wahlbeteiligung bei der Bundestagswahl 2017. Damit läge die Wahlbeteiligung im sozial Prekären Milieu sogar noch unterhalb des Niveaus von 2013. Der populistische Mobilisierungseffekt der Protestwähler:innen für die AfD wäre fast vollständig verpufft.

ABBILDUNG 3 Mobilisierung der Milieus vor der Bundestagswahl 2021

Veränderung der Wahlabsicht (Stand: Juli 2021) gegenüber der Wahlbeteiligung 2017 in Prozentpunkten



Quellen: YouGov und infratest dimap im Auftrag der Bertelsmann Stiftung. | BertelsmannStiftung

Das spiegeln auch die insgesamt eher rückläufigen Umfragewerte und Landtagswahlergebnisse der AfD im Vorfeld der Wahl. Viele der Protestwähler:innen aus dem sozial Prekären Milieu gehen zurück in die Wahlenthaltung. Die Pandemie hat jedenfalls keine zweite Welle einer populistischen Mobilisierung erzeugt. Die soziale Spaltung der Wahlbeteiligung könnte sich dadurch aber erneut verschärfen, weil die Protestwähler:innen nicht zu den etablierten Parteien zurückkehren, sondern wieder in die Wahlenthaltung gehen. Die beiden einzigen Milieus, die derzeit eine schon vergleichsweise hohe Mobilisierung zeigen, sind die Milieus der konsummaterialistischen Hedonisten (+12 Prozentpunkte) und der Performer (+8 Prozentpunkte). Wie verbindlich und nachhaltig sich das auch am Wahltag zeigt,

bleibt allerdings unsicher. Beide Milieus sind in ihrer Grundorientierung weniger von Traditionen und Pflichten geprägt, als von Neuorientierung, Erleben und Entdecken. Sie entscheiden ihre Wahlteilnahme nicht aus einem verbindlichen Wertekanon und sehen in ihr auch nicht unbedingt eine Bürgerpflicht. Sie entscheiden eher situativ und kurzfristig. Die Aussagekraft ihrer in Umfragen geäußerten Wahlbeteiligungsabsicht wäre dann geringer als der noch wahlmüde oder sogar weit unterdurchschnittlich geschätzte Mobilisierungsgrad der anderen Milieus.

Welches Gesamtbild ergibt sich daraus für die Höhe und soziale Spaltung der Wahlbeteiligung gut zwei Monate vor der Bundestagswahl 2021? Zwei Tendenzen erscheinen dominant, die als „Corona-Effekt“ die Wahlbeteiligung bei der anstehenden Wahl prägen könnten.

Der „Corona-Effekt“ – sinkende Wahlbeteiligung und Verschärfung ihrer sozialen Spaltung?

Die erste Vorwahl tendenz ergibt sich aus der eher praktischen Reaktion vieler Wähler:innen auf die Herausforderungen und Einschränkungen durch die Pandemie. Der Gang ins Wahllokal wird entweder ganz vermieden, oder durch die Briefwahl ersetzt. Beide Reaktionen wirken sich auch im sozialen Profil der Wahlbeteiligung aus. Eine insgesamt sinkende Wahlbeteiligung verschärft ihre soziale Spaltung, weil zuerst diejenigen nicht teilnehmen, deren Wahlverhalten ohnehin eher schwankend und unregelmäßig ist. Und das sind vor allem die eher bildungsferneren und sozial benachteiligten Menschen aus den sozial prekäreren Milieus der sozio-ökonomischen Unter- und Mittelschicht. Gleichzeitig beteiligen sich die Milieus der formal besser gebildeten und einkommensstärkeren Oberschicht mit gewohnt hohen und überdurchschnittlichen Quoten. Das verschiebt das soziale Profil der Wahlbeteiligung zu ihren Gunsten, verschärft ihre soziale Spaltung und macht die Wahlergebnisse sozial noch weniger repräsentativ. Und der höhere Briefwahlanteil wirkt in dieselbe Richtung, weil die Briefwahl von den wählerstärkeren Milieus mit einer größeren Selbstverständlichkeit genutzt wird als in den sozial prekären Nichtwählermilieus.

Die zweite Vorwahl tendenz hat sich in den Wahlbeteiligungsabsichten gezeigt und betrifft das Verpuffen der rechtspopulistischen Mobilisierungserfolge in den

sozial prekären Nichtwählermilieus. Die kehren aber nicht zu den etablierten Parteien zurück, sondern in die Wahlverweigerung. Beide Tendenzen könnten sich in den Wochen vor der Bundestagswahl 2021 und am Wahltag zu einem „Corona-Effekt“ verdichten, der die Wahlbeteiligung verringert und ihre soziale Spaltung vertieft (s. Abbildung 4).

Der in den frühen 1980er Jahren einsetzende Trend einer zunehmend sozial selektiven und ungleichen Wahlbeteiligung würde sich damit fortsetzen. Die kurzzeitig gegenläufigen Bewegungen bei den Bundestagswahlen 1998 und 2017 blieben Ausnahmeentwicklungen, die vom langfristigen Trend einer stetig zunehmenden sozialen Spaltung dominiert werden:

„Die Nichtwahlmilieus bilden einen stetig wachsenden Resonanzboden für Populismus.“

Bei der Bundestagswahl 1998 hatten die wieder deutlich gestiegene Wahlbeteiligung von 82,2 Prozent und das historisch starke Wahlergebnis der SPD (40,9 Prozent) die seit den 1980er Jahren zunehmende soziale Spreizung der Wahlbeteiligung noch einmal um 4,2 Prozentpunkte von 23,3 Prozent auf 19,1 Prozent verringert (gemessen an der Spreizung der Wahlbeteiligung in den jeweils 10 Prozent aller Stimmbezirke mit der höchsten bzw. niedrigsten Wahlbeteiligung). Mit diesem „Schröder-Lafontaine-Effekt“ und der Politik der „Neuen Mitte“, ist 1998 noch einmal einer der etablierten Parteien der demokratischen Mitte gelungen einen spürbaren Beitrag für eine sozial inklusivere und weniger gespaltene Wahlbeteiligung zu leisten. Danach hat sich bis zur Bundestagswahl 2013 die soziale Spreizung um etwas mehr als die Hälfte bis auf knapp 30 Prozentpunkte verschärft.

Erst bei der Bundestagswahl 2017 ist das, in einem allerdings geringeren Umfang, erneut der AfD gelungen. Diesmal allerdings mit einem eher ressentimentgeladenen rechtspopulistischen Programm zur Mobilisierung von Protestwahlstimmen aus den sozial benachteiligten Nichtwählermilieus. Dieser „AfD-Effekt“ hat 2017 zu einer Verringerung der sozialen Spreizung um immerhin 2,8 Prozentpunkte geführt.

Der hier beschriebene „Corona-Effekt“ könnte das bei der Bundestagswahl 2021 wieder rückgängig machen

und sogar überkompensieren. Die Wahlbeteiligung würde dann wieder auf ihren seit den 1980er Jahren eingeschlagenen Trend einer sich vertiefenden sozialen Spaltung zurückkehren, ohne dass die etablierten Parteien daraus gelernt und ihren Zugang in die sozial prekären Nichtwahlmilieus wiederhergestellt oder zumindest intensiviert hätten.

Die Gefahr für die Demokratie bleibt unterschätzt

Das zeigt sehr deutlich, wie sehr die Herausforderung der sozial tief gespaltenen Wahlbeteiligung von den demokratischen Parteien in Deutschland auch weiterhin unterschätzt wird. Die sozial benachteiligten typischen Nichtwahlmilieus wachsen und verhärten sich weiter und bilden einen stetig wachsenden Resonanzboden für Populismus und ein überdurchschnittlich anfälliges Mobilisierungspotential für Populisten. Der „AfD-Effekt“ bei der Bundestagswahl 2017 hat das gezeigt, ohne dass die anderen Parteien daraus gelernt haben.

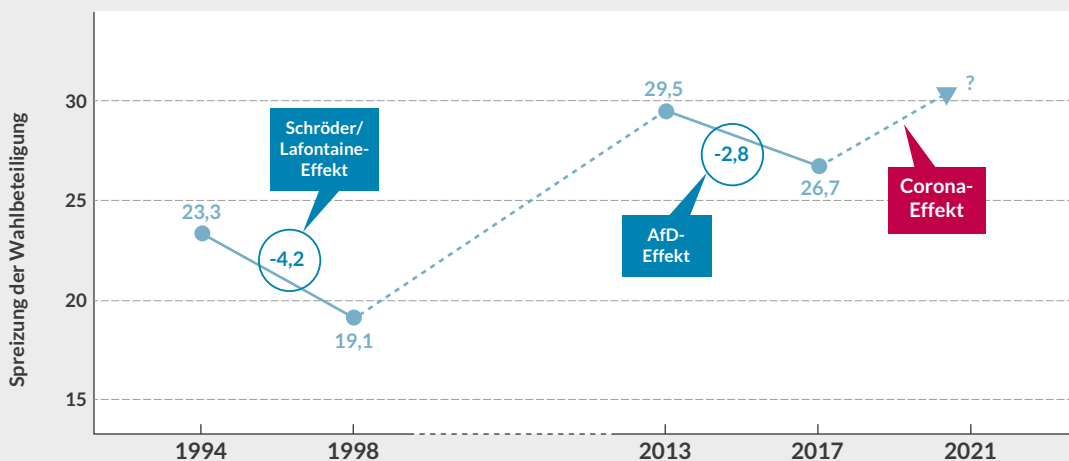
Das erwartbare Verpuffen des „AfD-Effektes“ bei der anstehenden Bundestagswahl 2021 ist jedenfalls nicht der Rückkehr dieses Nichtwahlpotentials zu den demokratischen Parteien zu verdanken. Die meisten von ihnen kehren zurück in die Wahlverweigerung, bis zur nächsten Welle ihrer populistischen (Re-)Mobilisierung. Der Zugang zu diesen Milieus bleibt den etablierten Parteien

weitgehend versperrt. Sie haben ihre Basis in diesen Milieus weitestgehend verloren. Ihre Mitglieder und Funktionär:innen, die gewählten Abgeordneten und ihr Führungspersonal repräsentieren sehr viel stärker die wählerstärkeren Milieus der oberen Mittel- und Oberschichten. Gleichzeitig konzentrieren die Parteien ihre aufgrund von Mitglieder- und Wählerschwund geringeren Mobilisierungsrésources auf diese typischen Wählermilieus mit hoher Wahlbereitschaft und regelmäßiger Wahlteilnahme.

Das erzeugt eine asymmetrische Mobilisierung zugunsten der sozial privilegierten und zulasten der sozial benachteiligten Wählerschichten, verschärft die soziale Spaltung und vergrößert das Risiko populistischer Mobilisierung. In allen populistischen Mobilisierungen, die im vergangenen Jahrzehnt weltweit zu einer wachsenden Bedrohung und Gefährdung liberaler Demokratien geführt haben, hat die Mobilisierung von Nichtwähler:innen aus benachteiligten, vernachlässigten und unterrepräsentierten Schichten eine zentrale Rolle gespielt. Repräsentationslücken wurden als Demokratiedefizite empfunden und von Populisten gegen die liberale Demokratie instrumentalisiert. Die hat sich damit aber selbst angreifbar gemacht und die demokratische Herausforderung einer sozial zutiefst gespaltenen Wahlbeteiligung viel zu lange unterschätzt.

ABBILDUNG 4 Der „Corona-Effekt“ – Veränderungen der sozial gespaltenen Sozialbeteiligung 1998 bis 2021

In Prozent (Veränderungen in Prozentpunkten)



Anmerkung: Spreizung der Wahlbeteiligung in den jeweils 10 Prozent aller Stimmbezirke mit der höchsten bzw. geringsten Wahlbeteiligung

Quelle: Eigene Darstellung auf Basis der Daten von infratest dimap.

| BertelsmannStiftung

Fazit: Der Kampf um die Nichtwähler:innen geht in die nächste Runde

Hohe und wachsende Nichtwählerquoten sind für Demokratien ein Problem und ein Risiko, weil sie fast immer Resultat und Indikator einer sich verschärfenden sozialen Spaltung sind. So auch in Deutschland, seit den 1980er Jahren. In vier Jahrzehnten hat sich, schleichend und nur mit wenigen Unterbrechungen, ein stetig wachsendes und sich verhärtendes Nichtwahlpotential herausgebildet. Das soziale Profil dieses Nichtwahlpotentials ist klar und deutlich erkennbar: Es sind vor allem die sozial benachteiligten Milieus, die sich nicht mehr repräsentiert fühlen und deshalb nicht mehr teilnehmen. Wählen lohnt sich aus ihrer Sicht nicht mehr. Die Enttäuschung dominiert und führt zu dauerhafter Wahlverweigerung. Diese schleichende Exklusion sozial benachteiligter Gruppen wurde von den Parteien lange unterschätzt, in Kauf genommen und als asymmetrische Mobilisierung der eigenen bildungs- und einkommensstärkeren Zielgruppen begrüßt und gefördert. Die damit entstandene offene Flanke haben Populisten genutzt

und für ihre Zwecke instrumentalisiert. Die sozialen Repräsentationslücken haben die liberalen Demokratien weniger inklusiv und damit angreifbar gemacht. Das Geschäft des Populismus ist dabei nicht die Lösung der zugrundeliegenden Probleme, sondern die Mobilisierung auf ihrem Rücken, zu anderen und häufig weniger demokratischen bis autoritären Zwecken.

„Soziale Repräsentationslücken haben die liberalen Demokratien angreifbar gemacht.“

Die Antwort darauf sollte sein, die zunehmend verlorenen Wählergruppen für die Demokratie zurückzugewinnen, sie nicht den Populisten zu überlassen und sich nicht mit wieder steigenden und verhärten den Nichtwahlmilieus abzufinden. Der Kampf um diese Nichtwahlmilieus geht jedenfalls in die nächste Runde. Und die sollten die etablierten Parteien diesmal für sich entscheiden, zumindest aber annehmen. Die Bundestagswahl 2021 wäre dafür eine gute Gelegenheit.

Autoren:



Dr. Robert Vehrkamp
robert.vehrkamp@bertelsmann-stiftung.de
Tel. +49 30 27 57 88135

Robert Vehrkamp ist Senior Advisor im Programm „Zukunft der Demokratie“ der Bertelsmann Stiftung.



Lars Bischoff
lars.bischoff@bertelsmann-stiftung.de
Tel. +49 5241 8181165

Lars Bischoff ist Project Manager im Programm „Zukunft der Demokratie“ der Bertelsmann Stiftung.

Weiterführende Literatur:

Schäfer, Armin, Robert Vehrkamp und Jeremie Felix Gagné (2013). Prekäre Wahlen. Milieus und soziale Selektivität der Wahlbeteiligung bei der Bundestagswahl 2013.

Vehrkamp, Robert (2015). Gespaltene Demokratie. Neue Schätzungen zur Wahlbeteiligung sozialer Milieus bei der Bundestagswahl 2013. WZB Mitteilungen (149) 2015. 44-47. Berlin.

Vehrkamp, Robert und Klaudia Wegschaidter (2017). Populäre Wahlen – Mobilisierung und Gegenmobilisierung der sozialen Milieus bei der Bundestagswahl 2017.

Vehrkamp, Robert und Wolfgang Merkel (2020). Populismusbarometer 2020. Populistische Einstellungen bei Wählern und Nichtwählern in Deutschland 2020.

Vehrkamp, Robert und Lars Bischoff (2021 im Erscheinen). Briefwahl für alle. EINWURF – Policy Brief der Bertelsmann Stiftung. Gütersloh.

Weßels, Bernhard (2019). Wahlverhalten sozialer Gruppen. Hrsg. Sigrid Roßteutscher et al. Zwischen Polarisierung und Beharrung: Die Bundestagswahl 2017. 189-206. Baden-Baden.

Vi.S.d.P.

Bertelsmann Stiftung · Carl-Bertelsmann-Straße 256
D-33311 Gütersloh · www.bertelsmann-stiftung.de

Dr. Robert Vehrkamp, Christina Tillmann

Redaktionsassistentin und Anfragen:
gaelle.beckmann@bertelsmann-stiftung.de
Tel. +49 5241 81 81105

Juli 2021 | ISSN: 2197-5256

EINWURF – Ein Policy Brief der Bertelsmann Stiftung

Der EINWURF ist ein Policy Brief des Programms »Zukunft der Demokratie« der Bertelsmann Stiftung. Er beschäftigt sich mit aktuellen Themen und Herausforderungen einer Demokratie. Schwerpunkte sind Fragen der politischen Teilhabe, der Zukunft von Parteien und Parlamenten, der Nachhaltigkeit demokratischer Politik sowie neue Formen der direkten Demokratie und Bürgerbeteiligung. Der EINWURF erscheint unregelmäßig in 6-8 Ausgaben pro Jahr.